



## Pressemitteilung

---

Donnerstag, 20. Dezember 2018

---

### **Weiterbetrieb des Recyclinghofes steht aus Sicht der Stadt Norderstedt nichts mehr im Weg**

Norderstedt. Die Stadt Norderstedt, vertreten durch Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder, hat dem Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Vertrags mit dem WZV (Wege-Zweckverband der Gemeinden des Kreises Segeberg) zugestimmt. Der Vertrag (Laufzeit ein Jahr) regelt die Zusammenarbeit zwischen WZV und der Stadt Norderstedt bei der Abfallentsorgung – speziell beim Betrieb des Norderstedter Recyclinghofes an der Oststraße. Damit steht dem Weiterbetrieb des Recyclinghofes über den Jahreswechsel hinaus aus Sicht der Stadt nichts mehr im Wege.

„Wir haben uns mit einem Zähneknirschen zu diesem Vorgehen entschieden, weil wir nicht möchten, dass der Streit um die Kostenteilung auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen wird“, sagte die Norderstedter Oberbürgermeisterin. Tags zuvor hatte der WZV öffentlich angekündigt, den Recyclinghof an der Norderstedter Oststraße zum Jahresbeginn 2019 zu schließen, was vor allem bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Norderstedt für Unsicherheit und Unverständnis gesorgt hatte.

Die Entscheidung der Stadt basiert auf einem Mehrheitsbeschluss des Umweltausschusses, der am späten Mittwochabend gefasst wurde. Die FDP hatte zu diesem Thema einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Oberbürgermeisterin Roeder riet den Politikerinnen und Politikern angesichts des einseitigen und kompromisslosen Verhaltens des Vertragspartners WZV während der Ausschusssitzung dringend, eine Entscheidung zu fällen, die die Schließung des Recyclinghofes verhindert. Im Beschluss des Ausschusses heißt es unter anderem „Der Umweltausschuss nimmt die beabsichtigte Schließung des Recyclinghofes durch den WZV mit Empörung zur Kenntnis.“

„Wir waren von der jüngsten Vorgehensweise des WZV ebenso überrascht wie entsetzt“, sagte die Norderstedter Verwaltungsleiterin, „weil wir uns mitten in den Verhandlungen befanden.“ Die Stadt Norderstedt habe nie grundsätzlich abgelehnt, künftig mehr Geld für den Betrieb des Recyclinghofes zu bezahlen. Dem WZV habe ein Entwurf der Stadt Norderstedt vorgelegen, der für die Zukunft eine deutliche Steigerung der Zahlungen Norderstedts an den WZV vorgesehen habe.



„Uns geht es um Kostentransparenz“, so Elke Christina Roeder. Bis zuletzt habe der Stadt zum Beispiel der Jahresabschluss 2017 des Recyclinghofes nicht vorlegen. Der jetzige Beschluss sieht vor, dass der WZV und die Stadt, gemeinsam mit dem Landrat des Kreises Segeberg, bis Mitte 2019 ein „transparentes Kostenteilungskonzept“ entwickeln sollen. Als mögliche Alternative nennt der Ausschuss eine Übertragung des Recyclinghofes auf die Stadt Norderstedt.

„Wir haben uns, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, zur Vertragsunterzeichnung durchgerungen“, so Elke Christina Roeder. Die Stadt hoffe nunmehr auf ein transparentes Kostenteilungskonzept, weil man nicht mehr gewillt sei, die „Intransparenz der Abrechnung“ weiter hinzunehmen.